

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich dreimal u. zwar Dien-
tags, Donnerstag und Sonnabends.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf.,
durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf.
Einzeln Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags, Mittwochs und
Freitags bis spätestens Mittags
12 Uhr angenommen.
Insertionspreis 10 Pf. pro dreizeh-
spaltene Corpuzzeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma v. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion G. A. Berger daselbst.

No. 149.

Dienstag, den 17. Dezember

1895.

Donnerstag, den 19. ds. Mts., Nachmittags 6 Uhr,
öffentliche Stadtgemeinderathssitzung.

Wilsdruff, am 16. Dezember 1895.

Der Stadtgemeinderath.
Ficker, Bragmstr.

Tagesgeschichte.

Der Kaiser weilte am Sonntag in Kiel, wo er der Vereidigung der Marine-Rekruten beizuwohnte. Am anderen Tage traf er auf der Rückreise nach Berlin, resp. Potsdam Vormittags in Altona ein, um die dortige Werft von Blohm und Boff zu besichtigen, auf welcher zur Zeit das Panzerschiff „König Wilhelm“ einem Umbau unterzogen wird.

Auf die an ihren beiden letzten Tagen recht bewegte Generaldebatte über den Etat folgte im Reichstage am Freitag und Sonnabend die erstmalige Besprechung der Vorlage, betr. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, nach. Dieser gesetzgeberische Stoff sollte bekanntlich den Reichstag bereits in der vorigen Session beschäftigen, aber der betreffende Entwurf gelangte nicht einmal zur ersten Lesung. Inzwischen hat derselbe verschiedene Abänderungen erfahren, die ebenso viele Verbesserungen bedeuten, so daß die parlamentarischen Aussichten der umgearbeiteten Vorlage über den unlauteren Wettbewerb hiermit zweifellos recht günstig geworden sind, wie dies auch bereits ihre allgemeine Berathung zeigte. So sprachen sich in der Freitagssitzung fast sämtliche Redner wohlwollend über die Grundtendenzen des Entwurfes aus, nachdem er vom Staatssekretär Dr. von Bötticher begründet und kurz erläutert worden war. Doch erhoben sich gegen Einzelheiten der Vorlage von verschiedenen Seiten her Bedenken, die goltten namentlich dem § 9, der von der Bestrafung des Verrathes von Geschäftsgeheimnissen handelt. Im Speziellen wurde Ziffer 2 des genannten Paragraphen, welche den vorzeitigen Bruch einer für einen bestimmten Zeitraum zugesagten Verschwiegenheit unter Strafe stellen will, bemängelt. Fast sämtliche Redner aus dem Hause stimmten darin überein, daß eine solche Bestimmung eine ungerechtfertigte Härte gegenüber den Geschäftsangestellten bedeute, was Staatssekretär Dr. von Bötticher allerdings nicht zugeben wollte. Im Uebrigen verließ die Freitagssitzung, an welcher sich außer dem genannten Regierungsvertreter und dem H. H. Regierungsrath Haus die Abgeordneten Bassermann (nat.-lib.), Koerer (Centrum), v. Giarlini (Pole), Singer (Soz.-dem.), Schmidt-Bingen (freil. Volkspartei), v. Vangen (cons.) und Meyer-Halle (freil. Vereinigung) betheiligten, außerordentlich ruhig und ohne ein bemerkenswerthes Moment zu zeitigen. In der Sonnabendssitzung wurde dann die Vorlage über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes an eine besondere Commission verwiesen.

Die seit dem 21. November in Berlin tagende Konferenz zur Revision des Handelsgesetzbuches steht vor dem Ende ihrer Thätigkeit, am Montag oder Dienstag werden diese Beratungen voraussichtlich zum Abschluß gelangen. Ob die Beschlüsse der gedachten Konferenz auch den Reichstag noch in der laufenden Session in irgendwelcher Form beschäftigen werden, muß vorläufig dahingestellt bleiben.

Kaiser Bismarck soll sein Erscheinen bei der am 18. Januar im Berliner Residenzschloße stattfindenden Festlichkeit zur Erinnerung an die Gründung des Reichs in Aussicht gestellt haben, sofern sein Gesundheitszustand ihm erlaube, der kaiserlichen Einladung Folge zu leisten.

Der deutschliberale Abgeordnete Julius Eppert wurde zum Marschallstellvertreter von Böhmen ernannt. Diese Ernennung ist politisch bedeutsam, da jetzt seit Jahrzehnten zum ersten Male sich wieder ein Deutscher im Präsidium des böhmischen Landtages befindet.

Die Frage der Neubefestigung des türkischen Botschafterpostens in Berlin hat zu einem diplomatischen Conflikt zwischen der deutschen Regierung und der Pforte geführt. Der Sultan hatte zunächst Mourchan Pascha zum Nachfolger Eiwil Paschas auf dem Berliner Botschafterposten bestimmt und hieron üblicher Weise die deutsche Regierung verständigt, die auch sofort zustimmend antwortete. Inzwischen ist jedoch die Ernennung Mourchan Paschas zum türkischen Botschafter in London erfolgt und nun soll Jia Pascha, der türkische Botschafter in Paris, Botschafter am Berliner Hofe werden. Die deutsche Regierung hat aber aus prinzipiellen Gründen Jia Pascha abgelehnt und hält daran fest, daß es bei der Ernennung Mourchan Paschas als Botschafter für Berlin verbleibe. Die Pforte wird nun doch wohl leichten Diplomaten nach Berlin senden müssen, wenn sie die deutsche Regierung nicht gerade vor den Kopf stoßen will.

Eine bedeutsame Veränderung ist nun endlich in den Wirren eingetreten, von denen das osmanische Reich befallen ist. Wie wir schon berichteten, hat der Sultan den Befehl gegeben, wonach es den Mächten gestattet sein soll, zum besseren Schutze ihrer Vertreter noch ein zweites Stationschiff nach Konstantinopel kommen zu lassen. Was diese Nachricht zu belegen hat, ist schon aus den verschiedenen Stadien bekannt geworden, welche die Angelegenheit zu durchlaufen hatte. Fast drei Wochen währte es, ehe Abdülhamid zu der Ueberzeugung gelangte, daß die Mächte in ihrer Forderung, die zuerst am 19. November von dem österreichisch-ungarischen Botschafter v. Galice an die Pforte gerichtet wurde, völlig einig seien. Noch immer hatte der Sultan geglaubt, die Mächte würden sich gerade in dieser Frage entzweien, die ja ganz rechtlich begründet war durch die mit der Türkei vereinbarten Verträge. Erst der sehr peremptorischen Frage des russischen Botschafters ist es, wie jetzt bekannt wird, gelungen, den Sultan zum Nachgeben zu bewegen. Alle Zweifel des Beherrschers der Gläubigen an dem einmüthigen Zusammenhalten der Mächte sind nun behoben. Die Politik der Westmächte hat die stets schlaue ausweichende und hinhaltennde Politik der Pforte bestet und die türkischen Minister werden nun ernstlich an die Arbeit gehen müssen, um auch die anderen Forderungen der Mächte, die sich auf die Behebung Kleinasiens und die Einführung der notwendigen Reformen beziehen, zu befriedigen. Energischer als je werden jetzt die Vertreter Europas darauf drängen, daß nach Bewältigung des ersten Theiles ihrer Aufgabe auch der andere, eigentlich weit schwierigere seiner Lösung entgegen geführt wird. Zwar sind schon von Konstantinopel aus an die Gouverneure der Provinzen mehrere Verfügungen ergangen, um den Greueln gegen die Armenier und gegen andere Christen ein Ende zu machen, auch ist die Mobilisirung der türkischen Truppen nicht ganz ohne Wirkung geblieben, aber ein bestimmtes Vertrauen zu der Wiederherstellung besserer Zustände ist noch nirgends bemerkbar, denn selbst in Konstantinopel gährt es unter seiner vielfach gemischten Bevölkerung derart, daß noch jeden Augenblick der Ausbruch neuer blutiger Ereignisse befürchtet wird. Es geht unverkennbar auch durch die Türken ein starker Zug der Unzufriedenheit und des Mißtrauens mit der Herrschaft des Sultans, der am prägnantesten seinen Ausdruck in der bekannten Flucht des früheren Großveziers Said Pascha nach der englischen Gesandtschaft gefunden hat. Unter den höchsten Beamten der Pforte sind viele, die ebenso denken wie Said Pascha, der erst auf ganz bestimmte, seine Sicherheit verbürgende Zusagen sein Asyl verlassen hat, dabei aber auch auf sein Verlangen Garantien erhielt, daß er nicht mehr im Dienste der Pforte verwendet werde. Unter derartigen Umständen muß es dem Sultan sehr schwer fallen, neue Persönlichkeiten zu finden, von denen er mit Zuversicht erwarten kann, daß sie die schwierigen Arbeiten, die der Pforte harrten, zu erledigen vermögen. In erster Linie gilt es jetzt, der in Kleinasien drohenden Hungersnoth vorzubeugen. Wie wir schon berichteten, hat der armenische Patriarch in Konstantinopel dem italienischen Botschafter die Mittheilung gemacht, er schätze die Zahl der durch Niederbrennen oder Zerstoßen ihrer Wohnungen obdachlos gewordenen Glaubens- und Stammesgenossen allein in den sechs nordöstlichen Vilajets der asiatischen Türkei auf nahezu eine halbe Million. Zwar ist diese Ziffer ungemein übertrieben, da die gesammte armenische Bevölkerung der betreffenden Bezirke sich nicht so hoch herausstellt, aber mehrere Hunderttausend Armenier sind sicher durch die aller Menschlichkeit baren Ausschreitungen und Grausamkeiten der Kurden dem größten Elende und dem Tode preisgegeben. Der nahebei Winter gestaltet sich in den armenischen Bergländern sehr streng und die in den Wäldern umherirrenden, der Nahrung entbehrenden Flüchtlinge müssen unrettbar zu Grunde gehen, denn der Pforte fehlen gar keine Mittel zur Verfügung, um den Bedrängten Unterstützung zu gewähren.

Vaterländisches.

Wilsdruff. Das vergangene Freitag im „Hotel Löwe“ abgehaltene 1. Winter-Abonnement-Konzert unserer Stadtkapelle war sehr schwach besucht. Wenn man auch kein zu zahlreiches Publikum erwartete, so blieb doch dieser Besuch immer noch sehr hinter den Erwartungen zurück. Die Nähe des Weihnachtsfestes mag wohl unsere hiesigen Geschäftsleute etwas ent-

schulbigen, doch mancher Bürger, der beim Anhören des ausgezeichneten Konzertes in bescheidener Weise sein Glas Bier trinken konnte, fehlte. Wäre Jungbühnel mit seiner Truppe hier gewesen, so war selbst am Sonntag vor Weihnachten oder an einem Wochentage vorher der Saal voll besetzt. Gewiß mag auch der Einwurf gelten, daß Wilsdruffs Einwohner in den letzten Wochen etwas sehr unter Vergnügungen zu leiden hatten, so hätte man doch geglaubt, daß dies unseren Musikdirektor in seinem ersten Winter-Abonnement-Konzert nicht schädigen konnte; haben wir nicht alle Ursache, die Leistungen unserer Stadtkapelle durch fleißigen Besuch zu unterstützen? Die schönen Noten von einer guten Musik thun freilich nicht allein. Es ist für einen Direktor bitter, wenn er studirt und gearbeitet hat, um seinen Mitbürgern etwas Gutes zu bieten und für seine Leistungen keine Hörer findet. Jeder Arbeiter strebt nach Anerkennung in seinem Berufe, oder sein Streben hört überhaupt auf. — Die Beifallsbezeugungen während des Konzertes waren wohl die beste Recension für das Gebotene. Das Publikum war entzückt über die Vorzüglichkeit der Darbietungen. Es zeigte sich, daß unsere Stadtkapelle immer weiter vorwärts strebt, um uns eine immer noch edlere und bessere Musik zu schaffen. Welcher Nummer des Programms der Vorzug zu geben wäre, ist wirklich schwer zu sagen. Jede Darbietung war in ihrer Weise vorzüglich. No. 9 „Erinnerung an die ruhmreichen Kriegsjahre 1870/71“, großes patriotisches Tongemälde von Berni verdient besondere Erwähnung und Anerkennung. Unsere jungen Musiker haben eifrig studirt und machen ihrem Direktor, wie sich selbst und unserer Stadt Ehre! Als Gast hatte Herr Direktor Kömisch einen Ober-Solisten, Herrn Köhlich, gewonnen. Uns hat sein Spiel vorzüglich gefallen. Der Ton ist ebel, die Fertigkeit ist sehr gut. Wir hoffen ihn später wieder einmal hören zu können. — Das kunstsinnige Publikum würde es für ferner als einen erfreulichen Fortschritt bezeichnen, wenn während des Vortrags der einzelnen Konzertennummern die Unterhaltung unterbliebe.

Ueber die geplante Bahnlinie Wilsdruff-Zollhaus-Bieberstein-Rossen heißt es in dem königlichen Dekrete an den Landtag: Der von den Eisenbahnlinien Dresden-Freiberg, Freiberg-Rossen und Rossen-Weißchen, sowie von der Elbthromstraße Dresden-Weißchen begrenzte, sich auf etwa 500 Quadratkilometer erstreckende Landestheil, ist einer der größten in ganz Sachsen, welche, abgesehen von den beiden kurzen Bahnstrecken Freiberg-Halsbrücke und Pottschappel-Wilsdruff, von Eisenbahnen noch nicht durchzogen werden, denn in Anbetracht, daß derselbe — mit Ausnahme des an seinem Westrande gelegenen Thales der Freiburger Mulde — ausschließlich ländliche Bevölkerung und ländliche Betriebe aufweist und daß seine Bodenverhältnisse für den Eisenbahnbau ungünstig ist, hat zeitlich anderen der Eisenbahnverbindung dringender bedürftigen, oder ihrer Herstellung geringere Schwierigkeiten entgegenstellenden Gegenden des Landes beim Ausbau des Bahnnetzes der Vorzug gegeben werden müssen. Nachdem aber die Lage der Landwirtschaft überhaupt derartig ungünstig geworden ist, daß es im allgemeinen Interesse geboten erscheint, ihr nach Befinden der Umstände auch unter Aufwendung finanzieller Opfer thunlichste Förderung zu theil werden zu lassen, erachtet es die Staatsregierung nunmehr an der Zeit, auch das Eisenbahnbedürfniß der in Rede stehenden Gegenden zu befriedigen. Für die Fortsetzung der Pottschappel-Wilsdruffer Linie in westlicher Richtung kommen zwei Anschlussstationen Deutschendorf und Rossen in Betracht. Die Linie Wilsdruff-Deutschendorf würde Ortschaften mit zusammen 2493 Einwohnern unmittelbar betreffen und außerdem Ortschaften mit zusammen 3240 Einwohnern in ihren Verkehrsbereich ziehen, wogegen die Linie Wilsdruff-Zollhaus-Bieberstein-Rossen erste mit zusammen 7322 Einwohnern berührt und außerdem einen Verkehrsbereich mit 4928 Einwohnern erhalten wird, so daß diese letztere Linie einer mehr als doppelt so großen Bevölkerungszahl Eisenbahnverbindung bringt als eine Linie Wilsdruff-Deutschendorf. Hierbei aber spricht besonders zu Gunsten der ersteren Linie, daß sie bei Zollhaus-Bieberstein in das Waldenthal eintritt und von da an auf eine Länge von 6 Kilometern in demselben verbleibt, wobei zugleich ein ganz erheblicher Theil derjenigen Eisenbahnwünsche seine Erledigung findet, welche durch eine Eisenbahnlinie Halsbrücke-Rossen befriedigt werden würden. Auch öffnet die Ausführung der Linie Wilsdruff-Rossen ins-